

Gemeinsame Erklärung

Bei ihrem offiziellen Treffen am 16. Juni 2009 in Budapest bekundeten Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des Departements für auswärtige Angelegenheiten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, und Péter Balázs, Aussenminister der Republik Ungarn, ihre Absicht, die Zusammenarbeit der beiden Staaten im Bereich der auswärtigen Beziehungen zu stärken und zu diesem Zweck einen geeigneten Bezugsrahmen zu schaffen. Die beiden Parteien äusserten zudem die Absicht, die historischen Bande zwischen Ungarn und der Schweiz, vor allem im menschlichen Bereich, zu würdigen. Aus diesen Gründen wurde von beiden Aussenministern eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der die folgenden Bereiche von gemeinsamem Interesse festgelegt wurden:

Schweizer Beitrag an die erweiterte Europäische Union

Die Parteien bekräftigen ihre Zusammenarbeit im Rahmen des Schweizer Beitrags an die erweiterte Europäische Union gemäss dem am 20. Dezember 2007 in Bern unterzeichneten Rahmenabkommen. Die Schweiz hat sich bereit erklärt, Ungarn über einen Zeitraum von zehn Jahren einen nicht rückzahlbaren Beitrag von 130,738 Millionen Schweizer Franken zu gewähren. Die bilaterale Zusammenarbeit baut auf der langjährigen, erfolgreichen Kooperation zwischen den beiden Staaten auf und soll die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Ungarn weiter fördern.

Trilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die beiden Parteien kommen überein, die Möglichkeit einer trilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit Drittpartnern zu prüfen. Diese Prüfung erfolgt unter besonderer Berücksichtigung der thematischen und geographischen Schwerpunkte der beiden Länder und wird sowohl dem gemeinsamen Bedürfnis nach solchen Partnerschaften aus der Sicht der gemeinsamen strategischen Partner als auch der Notwendigkeit Rechnung tragen, bei bestehenden bilateralen Programmen einen Mehrwert zu schaffen. Dabei werden die allgemeinen Kriterien für öffentliche Entwicklungshilfe berücksichtigt, die sich mit den Grundsätzen des Ausschusses für Entwicklungshilfe der OECD (DAC) decken.

Menschenrechte

Die beiden Parteien kommen überein, ihre Zusammenarbeit in internationalen Organisationen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte (Menschenrechtsrat, Europarat, OSZE) zu intensivieren. Dabei sind die Parteien daran interessiert, ein gemeinsames Verständnis der ungarischen Initiative zur Schaffung eines unabhängigen Internationalen Zentrums für die Prävention von Völkermord und massiven Greuelthaten (International Centre for the Prevention of Genocide and Mass Atrocities - ICPG). zu entwickeln. Sie begrüssen die Initiative einer Konferenz über die zukünftige Arbeitsweise des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die im Februar 2010 während des Schweizer Vorsitzes des Europarats in Interlaken (Schweiz) stattfinden soll.

Europäische Zusammenarbeit

Die beiden Parteien bekräftigen ihre Absicht, weiterhin regelmässig Gespräche zu Fragen der europäischen Integration und zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zu führen. Im Hinblick auf die vollständige Übernahme des Schengen-Besitzbestandes durch die Schweiz wird bei den Konsultationen der Schwerpunkt auf Themen im Bereich Justiz und Inneres gelegt.

Multilaterale Zusammenarbeit

Die beiden Parteien bekräftigen ihr Bekenntnis zu den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, zu den Millenniumsentwicklungszielen und zu den grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts. Sie bekräftigen zudem ihr entschiedenes Bekenntnis zur Wahrung und Förderung der Menschenrechte, zur Demokratie und zur Rechtsstaatlichkeit. Des Weiteren bringen die beiden Parteien ihre Unterstützung für die Anstrengungen zur Stärkung der internationalen Umweltordnung im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung zum Ausdruck. Die beiden Parteien bekräftigen ihre Bereitschaft zur Stärkung ihrer Zusammenarbeit in multilateralen Gremien wie der UNO, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und der Partnerschaft für den Frieden der NATO.

Dialog über bestimmte Regionen

Aufgrund ihrer geografischen Lage im Herzen Europas und ihrer jeweiligen aussenpolitischen Prioritäten beabsichtigen die beiden Parteien, den Dialog über die Entwicklungen in Ost- und Südosteuropa in Bereichen wie Konfliktprävention und -beilegung sowie Energiesicherheit fortzusetzen und weiter zu vertiefen.

Stärkung der kulturellen Beziehungen

Die beiden Parteien bekräftigen ihr Bekenntnis zu den Zielen der UNESCO und zur Einhaltung der Grundsätze für den kulturellen Dialog und den Schutz und die Förderung der kulturellen Identität. Sie beabsichtigen, den Aufbau von Beziehungen im Bereich von Kunst und Kultur sowie direkte Kontakte zwischen öffentlichen und privaten Kulturinstitutionen, Künstlerverbänden und Kunstschaffenden zu unterstützen.

Nachhaltige Entwicklung und Bildung

Die beiden Staaten bekräftigen ihr Bekenntnis zum Umweltschutz und zu den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung. Dabei messen beide Länder der Bildung für nachhaltige Entwicklung grosse Bedeutung bei. Sie bringen dies unter anderem durch ihre Zustimmung zur Ministererklärung zum Ausdruck, die an der 6. Ministerkonferenz zum Thema «Umwelt für Europa» vom 10. bis 12. Oktober 2007 in Belgrad verabschiedet wurde. In dieser Erklärung unterstrichen sie ihren festen Willen, der Bildung als treibende Kraft bei der Förderung von Denk- und Verhaltensweisen, die eine nachhaltige soziale Entwicklung unterstützen können, in Zukunft mehr Gewicht einzuräumen.

Überprüfung und Änderungen

Die beiden Parteien überwachen die Umsetzung dieser Erklärung und überprüfen und ändern sie, sofern sich dies als notwendig erweisen sollte. Dabei ist dasselbe Verfahren anzuwenden wie bei der Annahme dieser Erklärung.

Die Parteien geben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass diese Erklärung einen Anreiz für die Akteure der Zivilgesellschaft bildet, die schweizerisch-ungarische Zusammenarbeit auf nichtstaatlicher Ebene weiter auszubauen.

Budapest, 16. Juni 2009